



DEMOKRATESCH PARTEI

***UMWELTPOLITIK,
DIE ZUKUNFT HAT!***

Gezielt fördern, gerecht fordern.

2. Juni 2008

UMWELTPOLITIK, DIE ZUKUNFT HAT!

Gezielt fördern, gerecht fordern.

EINLEITUNG

Die DP ist von der Notwendigkeit einer aktiven Umweltpolitik überzeugt. Der verantwortliche Umgang mit unserem Naturerbe ist ein Leitgedanke unserer Politik. Wir müssen mit den Ressourcen unserer Erde auf eine Art und Weise umgehen, die die Lebensgrundlage kommender Generationen nicht in Frage stellt. Der Nachhaltigkeitsgedanke ist deshalb ein unumstößliches Paradigma unserer Politik. Darüber hinaus ist die Umweltpolitik der DP von der Einsicht geprägt, dass ein rasches Umdenken in Sachen Klima- und Umweltschutz zwar finanzielle Kosten beinhalten mag, diese jedoch in keinem Verhältnis zu den Konsequenzen stehen, die eine globale Erwärmung mit sich bringen würde. Letztlich ist die DP der Auffassung, dass die Investitionen in Erneuerbare Energien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz eine Investition in die Zukunft sind. Es sind Investitionen, die wirtschaftlich notwendig sind, will man die hohen Risiken und Kosten vermeiden, die bereits heute durch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für die Bürger und Unternehmen entstehen.

Ohne auf alle Aspekte einer integrierten Umweltpolitik eingehen zu wollen, tritt die DP in diesem Positionsdokument klar für eine Öko-Logik in den Bereichen Klimaschutz, Mobilität und Konsum ein, die auf vier Pfeilern ruht: Nach liberaler Tradition muss jeder Einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen übernehmen; die Politik muss klare umweltpolitische Perspektiven und Handlungsalternativen zeichnen; sie muss für konkrete Lösungen statt Utopien eintreten und versuchen, gesetzte umweltpolitische Ziele aufgrund sozialer und marktwirtschaftlicher Kriterien zu erreichen.

Libérale Politik ist sachlich und hat Konzept

Die DP will den Bürgern und Unternehmen den Blick für die enormen Chancen, die sich aus einer aktiven Umweltpolitik ergeben, schärfen. Die DP ist gegen einen von oben diktierten Mentalitätswandel. Die DP möchte nicht die Lebensstile der Bürger von oben herab verändern bzw. von oben dekretierte „falsche“ Verhaltensweisen geißeln. Die DP steht für einen Wandel, der durch überzeugende Argumente mit einer klaren, gemeinsam festgelegten Politik herbeigeführt wird. Hysterie verbreiten, falsche Politikinstrumente einführen, die Menschen allein lassen, bedeutet die Menschen zu verunsichern.

Die DP will keine Katastrophenszenarien zeichnen. Sie will auch keine ungestüme, nicht durchdachte Umweltpolitik betreiben. Die DP will die Bürger und Unternehmen mit innovativen Konzepten davon überzeugen, dass eine aktive Umweltpolitik einen Mehrwert für sie bedeutet. Die DP will dazu beitragen, dass den Bürgern Handlungsalternativen angeboten werden, die ihren Lebensstil einerseits nicht einschränken, sondern ihre Lebensqualität verbessern, und die andererseits über die Faktoren Preis, Qualität, Gesundheit und Freude zu

einem umweltkonformen Handeln verleiten. Nur so können Handlungsweisen nachhaltig neu orientiert werden.

Liberaler Politik ist lebensbejahend und schließt alle Menschen ein

Umweltpolitik wird zu oft von den Menschen und von den politischen Akteuren als eine Politik der Verbote, Gebote und Steuern verstanden. Viele für den Normalverbraucher undurchsichtige Reglemente sowie komplizierte und lange Verwaltungsabläufe prägen die bestehende Umweltpolitik. Die DP will dies ändern: Die DP will die Menschen nicht im bestehenden Reglementierungsdschungel allein lassen, sondern ihnen konkrete und einfache Handlungsalternativen anbieten. Die DP will gezielt fördern und in einer zweiten Phase gerecht fordern. Die DP lehnt eine „Zweiklassen“-Umweltpolitik entschieden ab. Alle Menschen müssen, unabhängig von ihrem Einkommen, in eine aktive Umweltpolitik eingebunden sein. Heute sind die Menschen den steigenden Treibstoffpreisen hilflos ausgesetzt. Wir wollen eine Energiewende, die den Menschen den Weg aus der „Ölpreisfalle“ ebnet und die es ihnen erlaubt, einen wesentlichen Beitrag für die kommenden Generationen zu leisten.

Gezielt fördern, heißt besonders dort fördern, wo es sozial und umwelttechnisch gesehen am meisten notwendig ist und Sinn macht. Gerecht fordern, bedeutet in einer zweiten Phase, dort zu fordern, wo der eine oder andere bewusst oder unbewusst bestehende Handlungsalternativen nicht wahrnehmen will.

Die DP will den Menschen mit neuen Konzepten vor allem neue Chancen bieten. Die DP will den Menschen die Hand reichen, ihnen helfen, den immer höher werdenden Energiekosten zu entrinnen und gleichzeitig aktiven Umweltschutz zu betreiben. Dies wird mit einer proaktiven und innovativen Informations- und Beratungspolitik gepaart mit modernen und sozial gerecht gestaffelten Finanzierungsinstrumenten möglich sein.

Die DP will die neuen Lebensstile der Menschen, die auf Lebensqualität, Freiheit, Gesundheit, bewusstes „leben und genießen“ basieren, unterstützen und schützen. Umweltpolitik muss für die Menschen, die Familien sowie ihre Kinder einen Sinn und einen Mehrwert ergeben. Nur dann sind alle bereit mitzumachen.

Liberaler Politik funktioniert mit den Unternehmen

Die Umweltpolitik der DP setzt auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Die Unternehmen spielen in der Umweltpolitik der DP auf mehreren Ebenen eine wichtige Rolle. Hoher Ressourcenverbrauch und der Energieverbrauch sind reale Kosten, die die Unternehmen, ob groß oder klein, nach Möglichkeit vermeiden wollen. Die Unternehmen haben deshalb ein ureigenes Interesse an umwelt- sowie energieschonenden Produkten und Produktionsabläufen. Fortschritt und Innovation gerade in diesen Bereichen werden ihnen auf Dauer einen Vorsprung gegenüber anderen Wirtschaftsräumen garantieren. Die DP will die Unternehmen in diesem Bemühen gezielt fördern aber auch gerecht fordern, mittels einer Politik, die klare und nachvollziehbare Umweltnormen festlegt.

Daneben sieht die DP die Unternehmen als Partner bei der Umsetzung ihrer Umweltpolitik. Ein von der DP gefordertes Altbausanierungsprogramm aber auch generell eine neue fortschrittliche Politik für energieeffizienteres Bauen oder alternative Heiz- und

Energiequellen kombiniert mit neuen und modernen Finanzierungsinstrumenten kann nur zusammen mit den Unternehmen realisiert werden. Die Konzepte der DP werden nicht nur die Auftragslage vieler mittelständischer Unternehmen über Jahre hinweg positiv beeinflussen, sondern bestehende Arbeitsplätze sichern und neue, sichere Arbeitsplätze schaffen.

Schließlich ist die DP-Politik auch Standortpolitik. Die DP will den luxemburgischen Wirtschaftsstandort international zu einem Vorreiter in Sachen innovatives und nachhaltiges Wirtschaften machen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Bereich Forschung und Entwicklung zu richten sein, wobei der Innovationsdruck auf die Unternehmen hoch bleiben muss. Zusammen mit den Unternehmen werden wir unsere Hausaufgaben machen, indem wir die Unternehmen aktiv beraten und dazu anhalten werden, ihre Produktionsabläufe aufgrund der Kriterien der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftlichkeit regelmäßig an die höchsten Energiestandards anzupassen.

Liberaler Politik fordert, dass die öffentliche Hand Vorbild ist

Die DP ist überzeugt davon, dass Bürger und Unternehmen nur dann für eine fortschrittliche Klima- und Energiepolitik gewonnen werden können, wenn die öffentliche Hand Vorbild ist. Die DP setzt sich deshalb dafür ein, dass Staat und Gemeinden eine zielorientierte und gut aufeinander abgestimmte Rolle in diesem Bereich übernehmen muss. Die öffentliche Hand darf nichts von den Bürgern und Unternehmen verlangen, was sie entweder selbst nicht einhält oder was die Bürger und Unternehmen sinnlos bestraft, weil es keine Alternativen gibt. Tut sie es doch, schafft sie Unverständnis und Resistenzen bei den Menschen.

Liberaler Politik kennt keine Alternative zu einer effizienten Umweltpolitik

Gibt es eine Alternative zu einer effizienten Umweltpolitik? Die DP sagt nein. Die Alternative wäre weitermachen wie bisher, hoher Ressourcenverbrauch bei mehr auf der Erde lebenden Menschen verbunden mit hohen Kosten, dadurch mehr soziale Konflikte in der Gesellschaft, mehr Konflikte zwischen den Ländern und Wirtschaftsräumen um einen besseren Zugang zu Rohstofflagerstätten zu gewährleisten, wirtschaftliche Aktivitäten auf Kosten der Umwelt und somit am Ende weniger Lebensqualität für die Bürger. Die DP lehnt diese Alternative entschieden ab.¹

¹ vgl. http://www.pmc.gov.au/publications/umpner/docs/nuclear_report.doc *The International Energy Agency (IEA) projects that under current policy settings primary energy use will more than double between 2003 and 2050, with a very high reliance on coal ... This is consistent with IPCC business as usual scenarios, which project global primary energy use will grow between 1.7 and 3.7-fold from 2000 to 2050. Electricity demand grows almost 8-fold in the IPCC's high economic growth scenarios, and more than doubles in the more conservation-oriented scenarios at the low end of the range. These scenarios include improvements in energy efficiency worldwide of between 1 and 2.5 per cent per year. This growth in energy use would have major implications for climate change: energy-related CO₂ emissions under the IEA current policy scenario would be almost 2.5 times current levels by 2050.*

Klimaschutzpolitik

Der Regierung fehlt ein couragiertes Gesamtkonzept

Die DP stellt fest, dass die Regierungspolitik vorgibt, einige gute Ansätze zu verfolgen.² Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Es fehlt vor allem an einem couragierten Gesamtkonzept. Die neue Wärmeschutzverordnung wurde verabschiedet, aber eine wirklich couragierte Altbausanierungspolitik fehlt. Es wird über einen „Pacte Logement“ diskutiert, aber die Chance zur Einführung von Instrumenten zugunsten einer nachhaltigen Siedlungspolitik wird nicht genutzt.³ Eine KFZ-Steuerreform wird durchgesetzt, ohne dass sie eine mittel- oder langfristige ökologische Zielsetzung verfolgt. Eine Reform der Grundsteuer, die auch der CO₂ Problematik Rechnung trägt, wird vom Umweltminister gefordert, im „Pacte Logement“ wird allerdings nur die Grundsteuer B reformiert zum Zweck der Baulandmobilisierung. Alle Ministerien sollen ihre Entscheidungen vor dem Hintergrund der zu erreichenden Emissionsziele bewerten, die Regierung gibt sich jedoch keine Instrumente, die es erlauben würden, diese Politik anhand von nachvollziehbaren Kriterien zu überprüfen.

Umweltpolitik muss sich lohnen, für die Umwelt und für die Bürger. Umweltpolitik muss das Primat einer besseren Lebensqualität ernst nehmen. Die DP ist nicht der Meinung, dass die Politik den Bürgern diktieren kann, dass sie beispielsweise morgen die Heizung runterfahren müssen, da eine niedrigere Raumtemperatur CO₂ einspart oder dass sie morgen weniger konsumieren müssen. Die DP sieht im Gegenteil eine riesige Chance für Umwelt und Bürger, wenn wir gemeinsam den umgekehrten Weg gehen, indem wir neue Technologien entwickeln und nutzen, ohne dabei den Sinn für die Umwelt und die Kosten für die Allgemeinheit aus den Augen zu verlieren.

² Vgl. Pressekonferenz des Umweltministers, 15.11.2005: *„Für den Bereich des Gebäudebestandes kann eine echte Entlastung nur durch energetische Sanierung erfolgen. Für Neubauten müssen ab sofort strenge Baustandards in Kraft gesetzt werden (Wärmeschutzverordnung). Anreiz für Niedrigenergiehäuser erfolgt derzeit über das Förderprogramm des Umweltministeriums. Das Beratungsangebot muss erweitert werden. Der Staat muss eine Vorbildfunktion übernehmen, und bei öffentlichen Ausschreibungen auch energietechnische Aspekte besser berücksichtigen Die Grundsteuer bedarf einer Reform, die auch der CO₂- Problematik Rechnung trägt.“*

„Im Verkehrssektor gilt es erste Konsequenzen zu ziehen. Eine Kfz- Reform muss kommen. Kfz- Steuersätze sollen am spezifischen Ausstoß an CO₂- Emissionen bemessen werden.“

„Kurzfristig könnten auch Potenziale zur CO₂- Verringerung durch den Einsatz von Biokraftstoffen realisiert werden. Nach der Richtlinie 2003/30/EG zur Förderung von Biokraftstoffen soll Luxemburg ab dem 31. Dezember 2010 einen Mindestanteil von 5,75% an Biokraftstoffen erreichen. Eine verstärkte Nutzung von Fahrzeugen mit Hybrid- und Gasantrieb kann eine Verbesserung herbeiführen.“

„Alle Ministerien müssen bei ihren künftigen Entscheidungen sicherstellen, dass diese sich mit unseren Vorgaben der Emissionsbegrenzung vereinbaren lassen. Dies gilt insbesondere im Rahmen IVL sowie „plan sectoriel transports“ und „plan sectoriel logement“. Um die Vorreiterrolle des Staates hervorzuheben, muss das Bautenministerium in die Diskussion einbezogen werden. Auch muss die Kooperation zwischen Staat und Gemeinden auf diesem Gebiet ausgebaut werden.“

„Wir werden uns Gedanken machen müssen, wie wir stärker über das Umweltrecht als nur über Subventionen reagieren müssen. Es ist erforderlich stärker auf das Verursacherprinzip zurückzugreifen.“

„eine naturverträgliche Siedlungspolitik; dazu gehört es, die Zersiedlung der Landschaft zu stoppen“

³ Dies ist umso bedauerlicher, wird dies doch etwa im „Rapport national sur la mise en oeuvre de la politique de développement durable“³ eingefordert.

Die DP ist überzeugt davon, dass eine kommende Regierung ein zusammenhängendes Gesamtkonzept ausarbeiten muss, das nicht von parteipolitischen Zwängen geprägt ist. Ein Paradigmenwechsel ist erforderlich. Ansonsten wird es schwierig, Bürger und Unternehmen vom Sinn und Zweck einer offensiven Umweltpolitik zu überzeugen. Regierung und öffentliche Hand müssen Vorbildcharakter besitzen.

DAS KLIMASCHUTZKONZEPT DER DP

Gezielt fördern, gerecht fordern

Eine effiziente Klimaschutzpolitik muss die CO₂- Emissionen im eigenen Land senken, dies mit Rücksicht auf die Kriterien der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftlichkeit. Die DP fordert, dass jedes Land, auch Luxemburg, seine Hausaufgaben erledigt ehe weitere Mittel im Ausland eingesetzt werden. In der Tat hat das „World Resources Institute“ etwa für das Jahr 2003 in Luxemburg einen Pro Kopf Verbrauch von 22,8 Tonnen ermittelt. Damit liegt Luxemburg weltweit an vierter Stelle und in Europa gar an erster Stelle.

Die DP ist der Meinung, dass die Politik trotz guter Ansätze bisher nicht wirklich gegengesteuert hat. In der Tat kranken alle bisher eingesetzten Förderregime daran, dass sie den Bürgern und Unternehmen freiwillig zur Verfügung stehen, ohne dass eine klare Langzeitzielsetzung damit verbunden ist. Fördergelder können abgerufen werden, wenn Bürger und Unternehmen sich freiwillig dazu entscheiden. Dem stehen allerdings Ziele gegenüber, die die Regierung verbindlich eingegangen ist. Besonders hervorzuheben sind die Verpflichtung zur Minderung der Treibhausgasemissionen um 28% (Kyoto-Protokoll und EU-Burden Sharing Agreement) und die Verpflichtung zum Erreichen des Ziels von 5,7% Strom aus erneuerbaren Energien in 2010 gemessen am Bruttostromverbrauch.

Die DP ist der Meinung, dass das Erreichen der genannten Ziele nicht eine Belastung, sondern eine Chance und Herausforderung darstellt, die unserem Land, den Bürgern, dem Finanzplatz und den Unternehmen ungeahnte Möglichkeiten bietet. Dazu bedarf es einer voluntaristischen Politik. Das bloße zur Verfügung Stellen von Fördergeldern reicht nachweislich nicht aus.

Dies macht sich beispielsweise an den zur Verfügung stehenden Zahlen der Inanspruchnahme der Fördergelder bemerkbar. Zwischen 2001 und 2004 wurden 16669 Förderanträge gestellt.⁴ Bedenkt man, dass zur selben Zeit der Bau von etwa 16.500 Wohneinheiten genehmigt wurde,⁵ so stellt man fest, dass die gut gemeinten Förderregime allein sicherlich nicht zu einer effizienten Energie- und Umweltpolitik beitragen werden. Wollte man mit den Fördergeldern effiziente Umwelt- und Energiepolitik betreiben, dann müsste die Zahl der Anträge (deren Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß bzw. deren Wirkungsgrad nicht bekannt ist) weit über den Genehmigungen von neuen, zusätzlichen Wohneinheiten liegen. *„Neue Gebäude bedeuten in der Regel sogar zusätzlich zu beheizendes Volumen, weil Neubauten nur selten als Ersatz für bestehende Gebäude errichtet werden. (...) Eine wirkliche Reduktion der CO₂-Emissionen im Bauwesen kann jedoch nur durch Modernisierung von Altbauten erreicht werden.“*⁶

⁴ http://www.environnement.public.lu/energies_renouvelables/statistiques_indicateurs/subventions/index.html.

⁵ <http://www.statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=1307>.

⁶ Dr. Hartwig Lüers (1999), in: KfW-Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik, Klimaschutz im Wohnungssektor- Was ist machbar?

Deshalb steht die DP für ein „gezielt fördern, gerecht fordern“-Konzept. Die öffentliche Hand muss **klare Regeln, Normen, Ziele** festlegen, die mit den internationalen, nationalen und verfassungspolitisch gegebenen Zielen und Staatszielen im Einklang stehen. Eine reine Anreizpolitik reicht auf Dauer nicht aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Die DP will eine **Kombination von Anreizen und klaren Regelungen**, die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien gerecht werden.

Wie funktioniert das Konzept der DP?

Vor diesem Hintergrund muss die öffentliche Hand ihre bestehenden Fördersysteme (Steuerpolitik, Subventionspolitik, usw.) überdenken und ggf. neu ausrichten oder ergänzen. Die DP setzt kurzfristig auf eine Kombination zwischen Anreizen und Regeln/Normen. Dagegen **lehnt die DP zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung einer Energiesteuer oder Energietaxe ab**, weil sie (noch) keinen Lenkungscharakter besitzt, sondern eher eine leichte zusätzliche finanzielle Belastung darstellt, die das Verhalten nicht wirklich verändert. Energiesteuern bzw. -steuern müssen jedoch heute geplant und morgen, d.h. mittel- und langfristig eingeführt werden, während die Fördergelder dann abgesenkt und ggf. gestrichen werden müssen. Die Bürger und Unternehmen müssen nebst einer intensiven Aufklärung und Beratung eine klare Perspektive erhalten.

Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützen

Die DP möchte darauf achten, dass **Umweltpolitik nicht zu einer elitären Politik verquert** wird. Energiesteuern heute, beispielsweise auf dem Verbrauch von fossilen Energien, werden besonders die Familien im niedrigen und mittleren Einkommensbereich treffen. Sie würden zweimal verlieren: Einerseits würde sich ihr Einkommen durch die Energietaxe verringern. Zweitens wird sich ihr Investitionsspielraum durch die Energietaxe verengen. Die zu erwartenden Kompensationen für dieselben Familien, etwa indem die Einnahmen der Ökosteuern für die Stabilisierung oder Senkung der Sozialausgaben genutzt würden, sind für diese Familien nur marginal und können den Nettolohnausfall nicht kompensieren.

Lenkungscharakter muss gegeben sein

Energiesteuern, die ein Umwelt schädigendes Verhalten nicht wirklich bestrafen, bewirken in der Tat kein Umdenken bei den Menschen bzw. haben keinen Lenkungscharakter; oftmals entstehen neue Resistenzen. Beispiel Autosteuer. In Deutschland ist trotz Energiesteuer der Verkauf von SUV-Fahrzeugen noch nie so hoch gewesen.⁷ Sicher: Die DP steht für das Prinzip einer CO₂-basierten Autosteuer. Die DP stellt allerdings fest, dass auch die in Luxemburg eingeführte Autosteuer weder einen Lenkungscharakter besitzt, noch einem ökologischen Langzeitziel entspricht. Das Prinzip „pollueur-payeur“ ist richtig. Allerdings greift es nachweislich zu kurz, wenn trotz finanziellen Strafen, die Umweltverschmutzung weitergeht.

⁷ Vgl. Der Spiegel, Nr. 32 vom 6.8.2007, S.54. Jedes 13. neu zugelassene Fahrzeug in Deutschland ist ein SUV.

KLIMASCHUTZ KONKRET: WIR WOLLEN EINE ENERGIEWENDE

A) NEU- UND ALTBAUTEN

Ein Konzept für mehr Gewinn zugunsten von Natur, Bürger, Unternehmen und öffentliche Hand

„Das luxemburgische Potenzial zur Verbesserung der nationalen Bilanzwerte beschränkt sich technisch vorwiegend auf den Niedrigwärmesektor und auf den Ersatz der dort eingesetzten fossilen Energieträger bzw. auf Effizienzsteigerungen bei Heizung und Warmwasserbereitung und auf den Inlandsverkehr (...)" (in: Nationaler Allokationsplan 2008 – 2012 für Luxemburg, Juli 2006)

« L'étude du FIFO a confirmé que les potentiels de réduction techniques pouvant être mobilisés à court terme sont relativement limités. Il s'agit essentiellement de mesures dans les secteurs du bâtiment et des transports dont les effets se situent surtout à moyen et à long terme, et qui ne doivent pour cette raison être négligées. (1^{er} Plan d'action en vue de la réduction des émissions de CO₂, avril 2006) »

Die DP teilt diese Einschätzungen und ist überzeugt davon, dass Investitionen in den Bereich Alt- und Neubauten sich für alle Beteiligten (Bürger, Unternehmen, öffentliche Hand) lohnen können, unter gewissen Voraussetzungen. In den Augen der DP müssen Investitionen in den Klimaschutz für alle Bürger möglich sein, unabhängig von sozialen und finanziellen Unterschieden. Auf Dauer werden alle Beteiligten Gewinner einer echten Klimaschutzpolitik sein.

In der Tat stellt die DP fest, dass besonders **sozial schwache Mitbürger bzw. die Mittelschicht** in Luxemburg zwar sensibel auf Umweltfragen sind, jedoch aufgrund eines geringeren finanziellen Spielraums mit einem anderen Bewusstsein an die Fragestellung herangehen. Es werden eher andere bzw. die Wirtschaft und insbesondere das Transportwesen für die Klimaprobleme verantwortlich gemacht.

Die von der europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie „Public views on air pollution in European Union“ von April 2005 oder etwa die vom Umweltministerium zusammen mit TNS-ILRES im Februar 2007 vorgestellte Umfrage „Perception de la problématique environnementale par la population du Luxembourg“ zeigen deutlich, dass generell das Umweltbewusstsein sehr hoch ist, jedoch dass je nach sozialer Schicht, nach Einkommensklasse und Bildungsgrad der Bürger, die Bereitschaft selbst mit anzupacken deutlich niedriger. Des Weiteren zeigen beide Studien, dass Menschen mit höherem Einkommen durchaus bereit sind, mehr Geld für die Umwelt auszugeben, als Menschen mit mittlerem oder niedrigem Einkommen.

Dies ist an sich kein überraschender Befund. Er zeigt aber auch, dass die Politik gerade hier ansetzen muss, um mehr Akzeptanz für umweltpolitische Maßnahmen zu erreichen.

Deshalb will die DP gemeinsam mit den Bürgern **ein Phasenmodell nach dem Prinzip „gezielt fördern, gerecht fordern“** festlegen. Jeder Bürger soll über einen angemessenen Zeitraum hinweg, die Möglichkeit erhalten, seinen Energieverbrauch (aufgrund der sich aus

seiner Bausubstanz ergebenden Möglichkeiten) zu senken bzw. auf einem niedrigstmöglichen Niveau zu halten.

Die Förderregime müssen in einer zweiten Phase allerdings vollends auslaufen bzw. durch eine substantielle und proportional zur Energieverschwendung steigende Energietaxe ersetzt werden. **Alle Bürger erhalten im Modell der DP eine faire Chance, sich bis zu einem gemeinsam festzulegenden Sticht datum umzustellen. Nur wer dies nicht tut, wird in der zweiten Phase Ökotaxen zahlen müssen.**

Die DP schlägt deshalb folgende Maßnahmen vor:

- Die DP will ein **Gebäudesanierungsprogramm** gemeinsam mit allen Beteiligten (Handwerk, OAI usw.) starten, das sich über mehrere Jahre erstreckt und bis zum Jahr 2020 zum Abschluss kommt. Das Problem bei der Gebäudesanierung besteht darin, dass die kurzfristig anfallenden Kosten hoch sind während die Amortisierungsperioden eher lang sind. Allerdings sind die CO₂-Einspareffekte sehr hoch. Die DP möchte deshalb die investitionswilligen Bürger mit **großzügigen und sozial selektiven Förderprogrammen** unterstützen, die über die im neuen „*Règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 instituant un régime d'aides pour des personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables*“ vorgesehenen Bestimmungen hinausgehen (siehe weiter unten).
- Die Fördergelder sollten sich in Zukunft an **sozialen Kriterien** orientieren. Sozial schwächere Mitbürger schrecken heute vor Investitionen in energiebewusstes Wohnen zurück, auch wenn die Fördergelder bis zur Hälfte oder mehr der Investitionskosten ausmachen. Die DP will **keine Zweiklassen-Umweltpolitik**, wo die einen sich Umweltschutz leisten können und die anderen mangels finanzieller Eigenmittel außen vor bleiben.
- Zusätzlich will die DP die Möglichkeit der **öffentlichen Kreditvergabe** für Investitionen in den Energiebereich **mit sozial gestaffelten Zinsen** ermöglichen. Die DP möchte die Schaffung einer **Klimabank** anregen. Dazu könnte auf die bestehende Struktur der SNCI zurückgegriffen werden, deren Kompetenzbereich nach dem Modell der KfW auf den Energie- und Umweltbereich bzw. auf Privatinvestitionen ausgedehnt werden müsste. Die Kreditvergabe der SNCI soll über die Hausbanken erfolgen.

Eine der Schwachstellen der bestehenden Fördersysteme besteht darin, dass Bürger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen auf energiebewusste Umbauten verzichten, da die Investitionskosten trotz Fördergeldern zu hoch liegen. Zinsverbilligte Darlehen für energiebewusste Umbauten könnten diese Systemlücke schließen.

- Zusätzlich fordert die DP, dass das Prinzip des **Energiespar-Contracting** gefördert wird. Die Formel des Energiespar-Contracting ermöglicht es, dass die Bürger die zu tätige Investition im eigenen Haus zur Gewinnung von mehr Energieeffizienz nicht selbst (ganz oder teilweise) vorfinanzieren müssen, sondern dass die mit ihnen zusammenarbeitenden Unternehmen (beispielsweise Heizungsinstallateur) oder die Gemeinde dies tun. Die Bürger müssen beispielsweise dieselben monatlichen Heizkosten wie bisher zahlen. Die Kostendifferenz, die durch mehr Energieeffizienz also weniger Verbrauch entsteht, wird als monatliche Rate zwecks Kostentilgung an das Unternehmen oder die Gemeinde abgeführt, die das Projekt vorfinanzieren.

Besonders bei nicht renovierten Altbauten, wird sich die Methode des Energiespar-Contracting bewähren, da hier die meisten Energiegewinne bzw. Energiekostenreduzierungen zu erwarten sind. Das Energiespar-Contracting ist besonders für die Haushalte interessant, die geringe finanzielle Mittel zur Vorfinanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen haben. Es ist daneben für mittelständische Unternehmen interessant, die dadurch zusätzliche Aufträge erhalten können, die sie ansonsten nicht bekämen.

- Die **Qualifikation und Weiterbildung** bzw. das Wissen und die Bewusstseinsbildung bei Architekten, Ingenieuren, Handwerkern, Gemeindetechnikern usw. muss gewährleistet werden. Eine ganze Berufssparte muss weiter sensibilisiert und geschult werden. Die DP stellt fest, dass diesbezügliche einzelne qualitativ hochwertige Aktivitäten etwa in Zusammenarbeit mit dem „*Centre de Ressources des Technologies pour l'Environnement*“ (CRTE) bereits bestehen, sie allerdings nicht systematisiert wurden. Es muss deshalb zusammen mit allen Beteiligten eine regelrechte Strategie entwickelt werden.
- Die **Information und Beratung** der Bürger und Unternehmen muss gewährleistet werden. Zurzeit gibt es aber genau hier enorme Defizite, da kein Gesamtkonzept besteht, in das alle Träger eingebunden sind. Bisher werden vor allem einzelne Umweltberater auf kommunaler bzw. auf Syndikatsstufe gefördert. Die DP denkt, dass dieser Ansatz nicht weit genug greift und in der Praxis den Informations- und Beratungswünschen der Bürger und Unternehmen nur ungenügend entspricht. Daneben gibt es noch weitere einzelne Aktionen wie etwa den « Leitfaden für nachhaltiges Bauen und Renovieren »⁸ (der vom CRTE zusammen mit einer CRTIB-Gruppe bestehend aus Spezialisten des Baugewerbes erstellt wurde), die EBL-Projektdatei usw. Hierbei handelt es sich in den Augen der DP um hervorragende und gut gemeinte Einzelaktionen, die allerdings in der Praxis nur einen bescheidenen messbaren Erfolg bringen, da sie nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet sind.
Die DP will deshalb **eine zentrale und unabhängige Energieberatungsstelle** schaffen, in der die öffentliche Hand genauso wie das Handwerk und andere betroffene Berufsgruppen (Architekten, Ingenieure,...) eingebunden sind. Diese Energieberatungsstelle muss einerseits als Anlaufstelle für alle Interessierten dienen, muss aber andererseits und vor allem **proaktiv** bei Staat und Gemeinden, Bauherren, Unternehmen, Architekten usw. tätig werden können und somit eine **Eigendynamik** entwickeln.
Daneben müssen Informationskampagnen für einen effizienteren Umgang mit Energie zusammen mit den betroffenen Handwerkerverbänden, dem OAI,... gestartet werden. Die bestehenden Internetseiten bei der „Agence de l'énergie“ bzw. beim Umweltministerium müssen in diesem Sinne unter der neuen Beratungsstelle gebündelt und auf die Bedürfnisse der Unternehmen, Bürger und Gemeinden ausgerichtet werden.
- **Jedes Gebäude** soll auf Dauer einen **Energiepass** erhalten. Die DP will nicht verlangen, dass von heute auf morgen jeder eine Wohnung mit Passivhausenergiewerten besitzt. Dies wird nicht möglich sein, sind die Verbesserungsmöglichkeiten doch sehr stark abhängig

⁸ Der Leitfaden ist zu finden auf der für die Bürger wenig bekannten Internetseite www.crtib.lu

von der bestehenden Bausubstanz.⁹ Allerdings werden individuelle Verbesserungen möglich sein. Der Energiepass soll einerseits den durchschnittlichen Energieverbrauch eines Hauses ermitteln, Schwachstellen aufzeichnen und Verbesserungsmöglichkeiten benennen. Der Eigentümer erhält so wichtige Informationen, die es ihm erlauben seine Wohnung energiebewusst zu modernisieren bzw. zumindest die schlimmsten Schwachstellen seines Eigentums zu verbessern.

Der neue, in der jüngst verabschiedeten **Wärmeschutzverordnung** des Wirtschaftsministeriums vorgesehene Energiepass ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Schwachpunkt ist und bleibt die Tatsache, dass ein Energiepass nur bei Neu- sowie bei Umbauten, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, erstellt werden muss. Sie wird also nicht zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs führen, sondern lediglich zu einem langsameren Ansteigen des Gesamtenergieverbrauchs. Die DP verlangt deshalb, dass die Wärmeschutzverordnung in einer zweiten Phase auf alle bestehenden Immobilien ausgedehnt wird.

Des Weiteren verlangt die DP, dass die in der Wärmeschutzverordnung vorgeschriebenen Grenzwerte auf ihre Zielgenauigkeit vor dem Hintergrund der Klimaschutzpolitik überprüft und ggf. angehoben werden.

- Ab dem 1. Januar 2013¹⁰ sollen nur noch **Heizungs- und Warmwasseranlagen**, die ohne fossile Energieträger funktionieren, bei Neu- oder Umbauten eingebaut werden dürfen. Die DP ist überzeugt davon, dass der technologische Fortschritt in diesen Bereichen bereits derart ausgereift ist, dass sich diese Forderung rechtfertigen lässt. Die bereits heute bestehenden alternativen Heiz- und Warmwassertechniken stellen eine reale und für alle Einkommensschichten bezahlbare Alternative dar.
- Auch kleine und mittlere Unternehmen (**KMU**) sowie **Landwirte** müssen auf Dauer in die Energieeffizienz ihrer Gebäude und Produktionsabläufe investieren. Ihr Interesse besteht vor allem darin, die durch den Energieverbrauch anfallenden Kosten zu minimieren bzw. die Rentabilität zu steigern. Die von der DP geforderte unabhängige Energieberatungsstelle kann hier wertvolle Unterstützung leisten. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die EU-Kommission für Anlagen in den Bereichen Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft ein Reduktionsziel von 20% im Vergleich zum Referenzjahr 2005 vorschlägt. Die DP fordert deshalb auf Dauer einen Energiepass für alle KMU und Landwirte, wobei Energiespar- und Rentabilitätssteigerungspotenziale durch qualifizierte Energiemanager und -berater ermittelt werden müssen. Die DP fordert, dass diesbezügliche Investitionen bis 2020 stärker als bisher (steuerlich) gefördert werden.
- Die DP will die Rolle der **Gemeinden** im Bereich der Nachhaltigkeits- und Energieeffizienzpolitik stärken. Dazu bedarf es einer grundlegenden **Gemeindefinanzreform**, die diesen neuen Aufgaben gerecht werden kann. Der Verteilungsmechanismus der Gemeindeeinnahmen, die Grundsteuer usw. bedürfen einer Reform, die diesen Zielen gerecht wird. Der Flächen- und Energieverbrauch sind wichtige Nachhaltigkeitskriterien, die Eingang in eine Gemeindefinanzreform finden müssen. Dies gilt besonders, aber nicht nur, für neu zu erschließende und zu bebauende Flächen. Die Gemeinden (Städte) sollen zudem die Möglichkeit erhalten, gewisse sanierungsbedürftige

⁹ Sicherlich wird beispielsweise bei einem denkmalgeschützten Gebäude keine Isolierfassade installiert werden können. Allerdings wären dichte Fenster, Dach- und Kellerdämmung, ein effizientes Heiz- und Warmwassersystem vorstellbar.

¹⁰ Am 31.12. 2012 läuft das Förderregime des RGD 5749 aus.

Viertel zu benennen und sie zusammen mit den Einwohnern auf der Basis einer Kosten/Nutzen Rechnung und mit Hilfe von öffentlichen Fördergeldern energetisch zu sanieren.

- Die DP verlangt, dass in Zukunft **Energie- und diesbezügliche Finanzierungskonzepte bei der Erschließung oder beim Bau großer Siedlungsprojekte** zwischen der Gemeinde, den Bauunternehmern und den Bauherren erstellt werden müssen (Stichwort: Fernwärme, Biomasse, Holz- oder Holzhackschnitzelfeuerungsanlage). Den Gemeinden muss diesbezüglich ein finanzieller Spielraum seitens des Staats eingeräumt werden. Zu bemerken bleibt, dass die Regierung dies bereits in ihrem « *1^{er} Plan d'action en vue de la réduction des émissions de CO2* » vom April 2006 gefordert hat, allerdings bisher noch keine konkrete Maßnahmen eingeleitet hat : « *Lors de la mise en oeuvre des PAG, le recours à la fixation de standards ambitieux en matière de performance énergétique dans les PAP et notamment moyennant des conventions entre les communes et les promoteurs devra être encouragé.* » Die DP stellt fest, dass bereits heute viele Instrumente existieren, sie allerdings sehr unterschiedlich von den Gemeinden genutzt werden.
- Bereits heute werden Gemeinden bzw. Gemeindesyndikate staatlich gefördert bei Investitionen im Bereich Energieeffizienz bzw. erneuerbare Energien. Allerdings ist bisher keine richtige Dynamik in dem Bereich zu verzeichnen. Die DP schlägt deshalb ein zwischen Staat und Gemeinden auszuhandelndes **Investitionsprogramm** vor, das zum Ziel hat, die **Infrastrukturen der Gemeinden (Schulen, usw.) bis 2020 wo nötig und finanziell vertretbar energetisch zu sanieren**.
- **Altbausanierung und Energieeffizienz bei öffentlichen Gebäuden.** Die DP begrüßt, dass das Ministerium für öffentliche Bauten eine energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden plant. Rund 1500 öffentliche Gebäude mit einem Volumen von 10 Millionen Kubikmetern sind allein im Besitz des Staats. Dazu werden in absehbarer Zukunft rund 20 neue Gebäude stoßen die einem Volumen von 1,7 Millionen Kubikmetern entsprechen. Der Neuwert der staatseigenen Immobilien liegt zwischen 2,97 und 3,22 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Abnutzung der Gebäude liegt bei 30%. Der Haushaltsberichtersteller für das Rechnungsjahr 2003, Emile Calmes (DP), hat in seinem Bericht hervorgehoben, dass die staatlichen Gebäude einer regelmäßigen Kontrolle auf eventuelle Mängel unterzogen werden müssten, um größere Sanierungsarbeiten zu vermeiden und um so rechtzeitig vorbeugende Arbeiten durchführen zu können. Außerdem hat er vorgeschlagen, die Gebäude in Zukunft so zu konzipieren, dass sie von der Auswahl der Materialien her den höchsten energetischen Standards entsprechen. In diesem Sinne sollten Standards für neue und ältere Gebäude hinsichtlich ihres Energieverbrauchs nicht nur festgelegt, sondern auch immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden.

Der damalige Haushaltsberichtersteller hat zudem folgende Festsstellung gemacht: « *En évitant de peser à moyen et long terme sur le budget de l'Etat la démarche consistant dans la conception durable d'un bâtiment, la recherche de l'efficacité énergétique, le choix des matériaux et du recours à des énergies renouvelables, est un exemple phare d'une approche allant dans le sens du développement durable.* ¹¹ » In der

¹¹ Rapport de la Commission des Finances et du Budget relatif au projet de loi N°5000 concernant le budget des recettes et dépenses de l'Etat pour l'exercice 2003

Gesetzesvorlage¹², die die Bautenverwaltung neu organisiert, geht man davon aus, dass die Wartung jährlich 0,8-1,5% und die Instandsetzung 2% der Baukosten eines Gebäudes ausmachen¹³. Die Wartung eines neuen Gebäudes beläuft sich also jährlich auf 3% seines Baupreises. Dazu stellt die oben genannte Gesetzesvorlage fest: « *Les budgets et crédits opérationnels disponibles actuellement ne suffisent plus à assurer pleinement cette mission d'entretien du parc immobilier. Il s'avère donc urgent d'entreprendre des démarches afin d'obtenir des changements sur ce plan.* » 2007 wurde von der Regierung ein Fonds eingerichtet, welcher die Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten der öffentlichen Gebäude finanzieren soll. In der Haushaltsvorlage für das Jahr 2008 ist folgendes zu lesen: « *A rappeler que le Gouvernement a décidé la création de ce fonds spécial en 2007 en vue, d'une part, d'introduire le concept de l'entretien préventif dans la gestion du patrimoine immobilier de l'Etat et, d'autre part, afin de parer aux inconvénients découlant de l'annualité du budget en matière de travaux qui, par leur nature, s'étendent le plus souvent sur plusieurs exercices.* » Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wurde der Fonds jeweils mit rund 55 Millionen Euro bedacht. Dies reicht gerade mal aus, um die aktuellen laufenden Kosten zu decken. Auf den 31.12.2008 wird der Fonds voraussichtlich mit rund 23 Millionen Euro das Haushaltsjahr 2008 abschließen. Eine konsequente Bezuschussung dieses Fonds in den nächsten Jahren ist also unabdingbar, um das Ziel einer kontrollierten Sanierung der öffentlichen Gebäude zu erreichen. 30 Millionen Euro¹⁴ zusätzlich pro Jahr sind über einen Zeitraum von sechs Jahren geplant, um die zu renovierenden Gebäude (49 an der Zahl) energetisch effizienter zu gestalten. Die DP begrüßt diese Maßnahmen sowie die Anwendung seit 1999 des „Ökologischen Leitfadens“ und des „Leitfadens für nachhaltiges Bauen und Renovieren“. Diese Leitfäden sollten jedoch einer Prüfung unterzogen werden, um festzustellen ob und in welchem Maße sie der Entwicklung im Bereich der Umweltstandards im Bausektor noch entsprechen.

- Die DP setzt sich dafür ein, dass bei den **öffentlichen Ausschreibungen** bzw. öffentlichen Beschaffungen klare Leitlinien festgelegt werden, die die Kriterien der Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit bzw. der Energieeffizienz berücksichtigen. Nicht allein Qualität und Kosten dürfen bei Ausschreibungen ausschlaggebend sein, sondern auch Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und Energieeffizienz. Das Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen lässt eine diesbezügliche Politik bereits zu. Die DP verlangt, dass das Nachhaltigkeits- und Energieeffizienzprinzip neben der Kosteneffizienz zur obersten Priorität bei öffentlichen Ausschreibungen erhoben wird.

B) VORFAHRT FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Nachhaltigkeits- und Wirtschaftlichkeitskriterien immer im Visier

Luxemburg hat sich dazu verpflichtet, die im Kiotovertrag enthaltenen CO₂-Minderungsziele zu erreichen und den von der EU geforderten Ausbau der erneuerbaren Energien zu verwirklichen. Die DP steht zu diesen internationalen bzw. europäischen Verpflichtungen und besteht darauf, dass sie eingehalten werden. Eine Diskussion über die Richtigkeit von Zielen und Quoten wäre verfehlt.

Die DP begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Regierung eine Potenzialstudie zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien (EE) in Luxemburg erstellen ließ. Die

¹² Gesetz vom 15. Juni 2004

¹³ Projet de loi N°5191 portant réorganisation de l'Administration des Bâtiments publics.

¹⁴ Ministère des Travaux publics

LUXRES-Studie trägt zu einer objektiven Diskussion über die Potenziale der EE, die möglichen Förderbereiche und notwendigen Fördermittel bei. Die in Kraft getretenen großherzoglichen Reglemente vom 21. Dezember 2007 und vom 8. Februar 2008¹⁵ beruhen zu Recht auf den Erkenntnissen dieser Studie. Die DP ist allerdings überzeugt davon, dass diese Studie ergänzt werden muss: Eine Nachhaltigkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse der verschiedenen EE-Bereiche würde zur weiteren Objektivierung der Diskussion beitragen.

Luxemburg muss jedenfalls seine Hausaufgaben machen. Deshalb fordert die DP, dass die politischen Zielsetzungen dieser Prämisse Rechnung tragen, ohne dass man sich in sterile Diskussionen über Sinn und Unsinn bzw. über den Preis und Mehrpreis von EE oder Energieeffizienz verheddert. Sicherlich sind die Kosten der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern heute niedriger als bei EE (im Schnitt 4,7 Cent/kWh zu 9,5 Cent/kWh). Dies wird bei sinkenden Rohstofflagern, Börsenspekulation und steigenden geopolitischen Risiken morgen nicht mehr der Fall sein. Im Gegenteil, die zu erwartende Rohstoffverknappung bzw. die Verbesserung und Weiterentwicklung der EE-Technologien wird das Preisverhältnis auf Dauer ausgeglichen gestalten.

Sicher, die EE-Potenziale sind laut der oben genannten Potenzialstudie begrenzt, im Vergleich zum heutigen Stand allerdings enorm. Luxemburg sollte deshalb seinen Beitrag konsequent leisten. Die DP unterstützt den von der Regierung gewählten technischen Weg der großherzoglichen Reglemente vom 21.12.2007 und vom 8. Februar 2008, das die Förderinstrumente für EE festlegt, mit einer degressiven Komponente der Förderregime. Baldige Investitionen sollen sich also mehr lohnen. Die DP ist allerdings skeptisch, ob dies einen ausreichenden Anreiz für alle Haushalte darstellt, dies umso mehr die soziale Komponente (siehe oben) völlig ausgeblendet bleibt. Vielmehr ist die DP der Meinung, dass in der Phase nach der Förderpolitik progressiv steigende, sich an sozialen Kriterien orientierende Ökotenzen eingeführt werden sollten.

Wir müssen unseren Beitrag allerdings auch europäisch und international leisten. Die zurzeit in der EU diskutierte Richtlinie zu den erneuerbaren Energien, will den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung von 8,5 auf 20% erhöhen. Welche Wege schlägt Luxemburg ein, um diese Ziele zu erreichen? Wie können diese Ziele den Nachhaltigkeits- und Wirtschaftlichkeitskriterien gerecht werden? Viele anstehende Umwelt- und Energiefragen sind gerade auf diesen Ebenen zu beantworten. Die DP tritt dafür ein, dass Luxemburg und die EU eine aktive Rolle in diesen Diskussionen spielt und sich dafür einsetzt, dass Luxemburg und die EU nicht nur eine Vorreiterrolle spielen, sondern sich auch aktiv für eine Vorreiterschaft Europas in den Bereichen Forschung und Technologie einsetzt verbunden mit der Schaffung von vielen neuen und sicheren Arbeitsplätzen.

Für die DP steht zudem fest, dass die Lösung der Energiefrage nicht im weiteren Ausbau der Kernenergie liegen kann. Die Senkung des Energieverbrauchs und der gleichzeitige Ausbau der EE müssen absolute Priorität genießen. Das heißt auch, dass die Forschungspolitik bzw. die Subventionspolitik der EU in diesem Sinne überprüft werden muss. Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm sieht in der Tat allein 40 Milliarden Euro an Forschungsgelder

¹⁵ **Règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 instituant un régime d'aides pour des personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables ;**
Règlement grand-ducal du 8 février 2008 relatif à la production d'électricité basée sur les sources d'énergie renouvelables.

für die Kernenergie zwischen 2007 und 2013 vor, während lediglich 400 Millionen Euro für erneuerbare Energien beziehungsweise Energieeffizienz zur Verfügung stehen.

- Die DP begrüßt, dass die Regierung eine **Potenzialstudie zu den EE** in Luxemburg realisiert hat. Diese Studie sollte nun schnellstmöglich **ergänzt werden durch eine Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse** bzw. einen konkreten Umsetzungsplan. Diese Analyse wird wichtige Erkenntnisse bringen, wie verschiedene EE energetisch, umweltschonend und finanziell optimal eingesetzt werden können.
- Die DP möchte auf eine **nachhaltige Produktion von EE** achten und begrüßt, dass das „*Règlement grand-ducal du 8 février 2008 relatif à la production d'électricité basée sur les sources d'énergie renouvelables*“ in seinem Artikel 3 eine Zertifizierung von Ökostrom vorsieht. Generell fordert die DP, dass die Nachhaltigkeit aller EE zertifiziert wird; so macht es wenig Sinn etwa den Import von Biomasse zur Energieproduktion zu dulden bzw. die Produktion von Biotreibstoffen massiv zu fördern, wenn auf der Gegenseite Monokulturen, Abholzung usw. stehen.
- **EE-Strom:** Die DP begrüßt, dass die oben genannte Reglemente zur Förderung erneuerbarer Energien überarbeitet wurden und sieht in ihnen eine wichtige Basis zugunsten einer Energiewende in Luxemburg. Die DP begrüßt die degressive Komponente bei der Einspeisung von EE ins öffentliche Stromnetz, die die Förderung EE Jahr für Jahr absenkt, um damit einen Anreiz für schnelle Investitionen in den EE-Bereich zu schaffen. Die DP ist allerdings skeptisch, ob dieser Mechanismus alleine ausreicht, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Die DP schlägt deshalb nach einer gewissen Förderzeit (siehe Kapitel „Klimaschutz“) die Einführung von Energietaxen vor.
- Die DP ist der Meinung, dass die öffentliche Hand Vorbildcharakter in Sachen EE haben muss. Deshalb fordert die DP einen schnellen und **vollständigen Umstieg der öffentlichen Hand auf den so genannten grünen Strom**, dies um einerseits die Nachfrage nach grünem Strom zu steigern und der Produktion und Forschung von EE zusätzlichen Schub zu geben.
- Die DP fordert, dass Luxemburg die Richtlinie 2006/32/CE zur **Energieeffizienz** schnellstmöglich umsetzt. Bis 2015 soll jedes Mitgliedsland 9% Energie einsparen im Vergleich zu einem national zu ermittelnden Ist-Zustand. Bisher wurde leider noch kein Text seitens des Wirtschaftsministeriums vorgelegt, der unter anderem auch einen „Energieeffizienzallokationsplan“ vorsieht. Wie in den anderen Bereichen, verlangt die DP, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und energieeffizientes Handeln bei Staat und Gemeinden fördert. Zusätzlich fordert die DP einen Austausch von „best practices“ bei Energieeffizienzprogrammen zwischen öffentlicher Hand und Betrieben.
- Dort wo es wirtschaftlichen Sinn macht, fordert die DP dass **Fern –und Nahwärmenetze** ausgebaut werden. Die DP begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Vorreiterrolle die Gemeinden wie etwa die Stadt Luxemburg in diesem Bereich übernehmen.
- Was die in Neubauten (Wohnungen und Büroräume) eingesetzten Warmwasser- und Heiztechnologien angeht, fordert die DP ab 2013 den Ausstieg aus der fossilen Energie. (siehe Kapitel oben)

- Die DP ist der Meinung, dass die **Atomenergie (AE) aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft** darstellt. Vielmehr muss es darum gehen, die Energieeffizienz zu steigern bzw. den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Eine massive Förderung der Atomenergie würde einer Studie der Warwick Business School zufolge *“the financial resources available for renewables and demand reduction, whether at a government level or for private investment”* unterminieren.

Für die DP ist klar, dass Investitionen in die EE bzw. in den Bereich Energieeffizienz Vorfahrt genießen müssen und auf keinen Fall zugunsten der AE zurückgehen bzw. stagnieren dürfen. Investitionskonflikte sind zu vermeiden.

Die DP ist überzeugt, dass durch mehr Energieeffizienz und mehr EE der Bedarf an Atomenergie mittelfristig gesenkt werden kann. Mögliche CO₂ Reduktionen durch AE dürfen nicht über andere Risiken (vgl. Tschernobyl, Endlagerung,...) hinwegtäuschen.

Den Ausstieg aus der Atomenergie vorbereiten, heißt deshalb in EE und Energieeffizienz investieren. Bis dahin gilt es die Sicherheit der Bevölkerung und der nachkommenden Generationen zu gewährleisten, sei es im Bereich Reaktorsicherheit sei es im Bereich Endlagerung.

- Zusammen mit den Netzbetreibern wollen wir dafür sorgen, dass die Netz- und Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Der Rückgriff auf Erneuerbare Energien macht viele dezentrale und engmaschig organisierte Versorgungseinheiten notwendig, um eine bessere Reaktion auf klimabedingte Stromschwankungen zu ermöglichen.
- Die DP fordert die **schnelle Umsetzung** der von DP und Gréng eingebrachten **Gesetzesnovelle Nr. 5746**, die den kommunalen Netzbetreibern die Möglichkeit geben soll sich an privaten und kommerziellen Gesellschaften zu beteiligen, dies einerseits um die EE besser fördern und sich auf dem liberalisierten Strommarkt behaupten zu können und andererseits um den Bürgern qualitativ hochwertige und preiswerte Dienste anbieten zu können.
- Die DP will sich der Erforschung der so genannten CCS-Technologie (Carbon Capture an Storage) nicht prinzipiell verschließen, wobei die Priorität der DP immer noch in der CO₂ Vermeidung liegt. Luxemburg hat an sich kein Interesse daran, FuE im Rahmen der CCS-Technologie europäisch zu fördern bzw. die Forschung an anderen so genannten sauberen Kohletechnologien zu erlauben, sollte dies zu Lasten der FuE im Bereich der EE gehen. Die CCS-Technologie ist noch relativ unerforscht und die daraus entstehenden Kosten (Transportkosten per Schiff oder Pipeline, Erschließung und Sicherung von Gebieten, in denen die neue Technologie zum Einsatz kommt, Energieverbrauch der für Komprimierung notwendig ist,...) und Risiken, werden weitaus höher sein als die, die bei der Vermeidung von CO₂ entstehen.
- **CDM und Joint Implementation:** Die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission laufen darauf hinaus, den erlaubten Rückgriff auf flexible Mechanismen auf 3% des Gesamtreduktionsziels von 20% zu begrenzen. Aufgrund der aktuellen Situation kommt Luxemburg nicht umhin, auf diese Mechanismen zurückzugreifen. Hierbei sollte jedoch großen Wert auf effiziente Projekte gelegt werden, die sowohl einen Plus für die Umwelt bedeuten, als auch soziale Aspekte umfassen.

C) MOBILITÄT: NACHHALTIG, WIRTSCHAFTLICH, BEQUEM

Jeder Bürger hat das Recht auf Mobilität. Mobilität ist heute zu einem deutlichen Kostenfaktor geworden für die Bürger und die öffentliche Hand. Der Ruf nach immer neuen, für die Mobilität bestimmten Infrastrukturen bedingt auch hohe öffentliche Investitionen. Investitionen in die Mobilität müssen deshalb besonders vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsfrage getätigt werden: Die Kostenberechnungen müssen sich ausdehnen auf die Zusatzkosten, die durch neue, zusätzliche Umweltschäden und Luftschadstoffbelastungen entstehen. Daneben ist auf das Interesse der Bürger und der Wirtschaft an einer hohen Mobilität zu achten.

Um Transport- und Klimaschutzpolitik miteinander zu verbinden, bedarf es einer Diskussion über die Infrastrukturen, die Kosten und Nachfolgekosten, die besten Lösungen für den Klimaschutz, die Förderung und Einführung neuer Technologien, Verhalten verändernde Maßnahmen und die Gewährleistung von Mobilität.

Das „gezielt fördern, und gerecht fordern“-Konzept bietet sich auch im Bereich des Transports an. Allerdings müssen zuerst die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Das ÖPNV-Angebot muss schnellstmöglich aufgrund der vorliegenden Varianten und Pläne einerseits ausgebaut und verbessert wird, und andererseits die durch den Individualverkehr entstehenden Kosten besser berücksichtigt werden. Die aktive (z.B. Steuervergünstigungen bei Dienstfahrzeugen) und passive (beispielsweise im Sinne von nicht erhobenen Steuern, denen hohe Kosten gegenüberstehen, die etwa durch teure Straßenbauprojekte oder die Zersiedlung der Landschaften durch falsche Landesplanung bedingt sind) Förderung des Individualverkehrs muss in den Augen der DP überdacht werden.

Vor dem Hintergrund der Klimaschutzproblematik will die DP allerdings betonen, dass der technische Fortschritt im Verkehrsbereich nur Teilerfolge bringen wird. Es bedarf deshalb vor allem einer Bewusstseinsbildung bei den Menschen bzw. einer Änderung des Verhaltens. Allerdings kann eine Änderung des Verhaltens nicht *vor* dem Ausbau des ÖPNV-Angebots erfolgen, weil die Resistenzen seitens der Bürger dann besonders hoch sein werden. Erst wenn die Qualität des Angebots angemessen erscheint, was Preis und Komfort anbelangt, wird die Akzeptanz steigen. Die Akzeptanz allein wird jedoch das Verhalten nicht unbedingt verändern. Deshalb muss die Politik diesen Prozess aktiv begleiten und steuerliche und preisbezogene Lenkungsinstrumente einsetzen. Angebote und Vorschriften müssen sich ergänzen.

Die Transportproblematik kann nicht ohne die Frage nach dem Ausstieg aus dem Tanktourismus diskutiert werden. Die DP plädiert für einen sanften Ausstieg, was bedingt, dass immer weniger laufende öffentliche Ausgaben durch Einnahmen des Tanktourismus gedeckt werden dürfen. Stattdessen sollen diese Einnahmen in einem oder mehreren (bestehenden oder neu zu schaffenden) Investitionsfonds gebündelt werden, die die energetische und mobilitätspolitische Wende in Luxemburg finanziell begleiten.

Der Blick auf die internationale Mobilitätsproblematik zeigt schließlich, dass (laut einer Studie des „World Business Council for Sustainable Development“) bis 2030 mit einer Zunahme von mehr als 1,3 Milliarden PKW und bis 2050 mit bis zu 2 Milliarden PKW zu rechnen sein wird, wobei der Hauptzuwachs in den Entwicklungsländern zu verzeichnen sein wird. Dies erfordert einerseits Anstrengungen seitens der Automobilindustrie und andererseits

einen Knowhow- und Wissenstransfer in den Bereichen Landesplanung, Umweltschutz und EE in diese internationalen Wachstumsräume, der den europäischen Volkswirtschaften und Unternehmen enorme Wachstumschancen eröffnet. Hier gilt es, die nationale Wirtschaft zu positionieren und neue Wege zu beschreiten.

- **CO2 Autosteuer.** Der Kauf von emissionsarmen Fahrzeugen muss sich lohnen. Das von CSV und LSAP eingeführte System bedingt, dass ein eher schwacher Anreiz besteht, auf emissionsarme Fahrzeuge überzuwechseln. Im Gegenteil, da sich die Bürger nicht gegen die eingeführte Autosteuer wehren konnten, indem sie auf ein emissionsärmeres Fahrzeug umsteigen konnten, hat die CO2-Autosteuer den Charakter einer „Abzocksteuer“ angenommen. Sie hat weder Lenkungscharakter noch hat sie die Menschen davon überzeugen können auf emissionsarme Fahrzeuge umzusteigen. Im Gegenteil, diese Steuer hat enorme Resistenzen bei den Bürgern hervorgerufen.

Eine weitere gegen die neue Autosteuer erhobene Kritik besteht darin, dass sie den effektiven Verbrauch des Besitzers nicht berücksichtigt. Dieses Problem hat die Regierung damit gelöst, dass sie eine Mineralölsteuer erhebt. Alternativen, wie etwa eine pro gefahrenen Kilometer erhobene Steuer, stellen diese an sich einfache Methode der Konsumbesteuerung nicht in Frage, dies umso mehr der bei den Alternativvorschlägen zu erwartende Aufwand für die Bürger und Verwaltung zu hoch sein wird. Nichtsdestotrotz: Weder diese Steuer noch die steigenden Spritpreise haben bisher Lenkungscharakter gezeigt, und tragen lediglich dazu bei, die Staatskassen zu füllen.

Die DP schlägt deshalb Alternativmaßnahmen vor. Die CO2 gebundene Autosteuer soll durch ein neues Abgabensystem ersetzt werden. Die **neue Steuer wird einmalig beim Kauf eines PKW fällig** und kann je nach CO2-Emissionen des PKW gestaffelt werden. Da diese Steuer bedeutend höher ausfallen wird je nach CO2-Ausstoß, hat sie mehr Lenkungscharakter als die jetzt bestehende Autosteuer. Die Abgabe sollte auch für **Haushalte mit Kindern** (je nach Kinderzahl) niedriger ausfallen.

Bis 2012 soll daneben ein **Förderprogramm** bestehen, das lediglich die Bürger unterstützt, die nachweislich auf einen **PKW umsteigen**, der weniger als 120g/km CO2 ausstößt. Die DP spricht sich gegen das von der Regierung eingeführte Bonussystem aus, da es das Umsteigen auf ein emissionsarmes Fahrzeug nicht zielgenau fördert.

- Die DP plädiert dafür, dass die **Mineralölsteuer** spätestens ab 2012 kontinuierlich nach oben angepasst wird, dies umso mehr die Fahrzeughersteller ab 2012 einen Durchschnittsverbrauch von 120g/km CO2 erreichen müssen. Steigen die Autokunden ab 2012 also gezielt auf verbrauchsarme Fahrzeuge um, wird eine Erhöhung der Mineralölsteuer ihren Haushalt nicht zusätzlich belasten.
- Die DP begrüßt die von der Regierung vorgesehene steuerliche, CO2 gebundene Regelung für **Dienstfahrzeuge** ab dem 1. Januar 2009. Die DP ist überzeugt davon, dass diese Maßnahme einen Lenkungscharakter besitzt, da in Zukunft die Kosten bei zu hohem CO2-Ausstoß steuerlich nicht mehr geltend gemacht werden können.
- Die DP schlägt vor, die **Pendlerpauschale** für die Steuerzahler im Rahmen einer zukünftigen Steuerreform zu **erhöhen**, wenn sie nachweislich den Weg zur Arbeit mit dem **öffentlichen Transport** zurücklegen.

- Die DP spricht sich dafür aus, dass das Fahrsicherheitszentrum in Colmar Berg obligatorische Kurse zum Thema „**umweltbewusstes Fahren**“ für Führerscheineulinge anbietet.
- Die DP spricht sich für einen virtuellen Ausstieg aus dem **Tanktourismus** aus. Das heißt, in Zukunft sollen in den öffentlichen Haushalten keine zusätzlichen Ausgabenposten auf den Einnahmen des Tanktourismus aufgebaut werden bzw. die Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen von den Einnahmen des Tanktourismus abgebaut werden.
- **LKW-Güterverkehr.** In Deutschland wird angenommen, dass der LKW-Güterverkehr bis 2020 stark ansteigen wird, so dass der CO₂-Ausstoss trotz technisch bedingter Effizienzsteigerungen auf demselben Niveau wie heute bleiben wird, d.h. keine CO₂-Reduzierung zu erwarten ist. Zurzeit stellt der Güterverkehr per Schiene für viele Unternehmen keine Alternative dar, da die Kosten und die Dauer der Transporte (in Deutschland beträgt die Durchschnittsgeschwindigkeit eines Güterzugs lediglich rund 18 km/h) zu hoch bzw. zu unattraktiv sind. Des Weiteren ist zu bedenken, dass die bestehenden Schienennetze mehr oder weniger ausgelastet sind und kaum zusätzliche Kapazitäten möglich sind. Die DP setzt sich dafür ein, dass in Europa die **Schienennetze** technisch besser aufeinander abgestimmt werden, drastisch ausgebaut werden und für den Güterverkehr reservierte Korridore geschaffen werden.
- **Biotreibstoff:** Die Beimischung von Biotreibstoff ist notwendig, um das europäische Ziel von 5,75% im Jahr 2010 zu erreichen. DP ist mit dem Prinzip einverstanden, ist allerdings der Meinung, dass die Energie- und Nachhaltigkeitsbilanz von Biotreibstoffen derart schlecht ist, dass es sich hier nicht um eine Zukunftslösung handelt.¹⁶ Des Weiteren ist die DP der Meinung, dass die geplanten europäischen Ziele derart hoch angesetzt sind, dass die EU wahrscheinlich auf Importe von Biotreibstoffen setzen muss. Die DP ist sehr skeptisch, ob dies die richtige Politik ist und fordert die Regierung dazu auf, die Biotreibstoffpolitik der EU kritisch zu hinterfragen und ggf. sich dafür einzusetzen, dass sie neu ausgerichtet wird. Auf jeden Fall fordert die DP eine auf Nachhaltigkeitskriterien aufbauende Kennzeichnung der Biotreibstoffimporte. Eine Studie soll zusätzlich schnell Aufschluss darüber geben, wie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit bei der Produktion bzw. beim Import von Biotreibstoffen in Einklang gebracht werden können. **Die DP wehrt sich jedenfalls gegen eine Biotreibstoffpolitik auf dem Buckel ärmerer Länder,** wenn die Natur zerstört wird (Waldrodungen, Monokulturen,...) und die Preise für Grundnahrungsmittel in die Höhe schnellen.
- Unter luxemburgischer EU-Präsidentschaft wurde die Besteuerung des Kerosins mehrheitlich abgelehnt. Nichtsdestotrotz ist der Flugverkehr verantwortlich für einen großen Teil an CO₂-Emissionen. Um den **Einsatz schadstoffarmer Flugzeuge** zu fördern (bzw. nicht notwendige Flugbewegungen zu verhindern), möchte die DP eine Studie erstellen über ein mögliches emissionsbezogenes (und aufkommensneutrales) Landeentgelt auf dem luxemburgischen Flughafen. Die DP fordert die Regierung daneben dazu auf, sich weiter auf europäischer Ebene für eine Berücksichtigung des Flugverkehrs im Bereich des Emissionshandels einzusetzen. Dies soll auch für außereuropäische Fluggesellschaften gelten.

¹⁶ vgl. u.a. http://www.biodieselanlagenbau.de/es/downloads/neue_zuercher_zeitung_22_09_2005.pdf

- Die DP fordert die Regierung dazu auf, sich weiter in Europa für strenge PKW-, LKW- und **Flugzeugemissionsnormen** stark zu machen.
- Die DP steht der Idee von neuen Tempolimits auf Straßen eher kritisch gegenüber. Die zu erwartenden CO2 Einsparungen würden trotz hohem Aufwand sehr gering sein.
- Die DP spricht sich klar dafür aus, dem **öffentlichen Transport** absolute Priorität einzuräumen und mit Ausnahme der geplanten Umgehungsstraßen einiger Dörfer und Städte keine neuen Straßenbauprojekte bis zur vollständigen Realisierung des Konzepts „**Mobilität.lu**“ bzw. „Mobil 2020“ zu planen. Verkehrsstaus sollten als Herausforderung für den schnellen Ausbau des öffentlichen Transports genutzt werden. In diesem Zusammenhang möchte die DP unterstreichen, dass sie die Verantwortlichen der Stadt Luxemburg in ihrem Bemühen für den Bau einer Trambahn im Rahmen des oben genannten Konzepts unterstützt.
- Die DP unterstützt die Anstrengungen verschiedener Städte (z.B. Stadt Luxemburg) für eine stärkere Berücksichtigung der „**mobilité douce**“ als „schadstoffarme“ Fortbewegungsart und ist überzeugt davon, dass die Nachfrage aufgrund eines verbesserten Angebots besonders im Fahrradbereich in den kommenden Monaten und Jahren steigen wird. Die DP fordert zudem, dass Fahrradwege und ÖPNV in Zukunft bei neuen, größeren Siedlungsvorhaben bereits bei der Planung berücksichtigt werden bzw. Vorrang gegenüber anderen Verkehrsträgern genießen müssen. Die Siedlungsprojekte an sich müssen diesem Umstand auch Rechnung tragen (Garagen, Stellplätze,...)
- Die DP will die **Weiterentwicklung intelligenter Verkehrsleitsysteme** weiter unterstützen.
- Die DP will die **Mobilitätsangebote besonders im ländlichen Raum überprüfen** und effizienter gestalten. Die DP möchte prüfen, ob sich auf Nebenachsen ein Rufbusmodell nicht eher anbieten (mehr Komfort für die Bürger, effizienter Einsatz von Busmaterial,...) würde als das bestehende Linienbusmodell.
- Die DP will die **Mobilitätszentrale** um- bzw. ausbauen zu einer Zentrale, die alle Angebote in den Bereichen „Fußgänger, Fahrrad, PKW, Mitfahrgelegenheiten, ÖPNV, P + R, Flugzeug“ bündelt und den Bürgern in ihren individuellen Mobilitätsbedürfnissen Rat und Beratung anbietet.¹⁷
- Die DP verlangt, dass der **Fuhrpark des Staats und der Gemeinden** (nach Möglichkeit) in Zukunft **auf schadstoffarme Fahrzeuge** umgerüstet wird.

D) GREEN-COUNTRY LUXEMBURG: FORSCHUNG UND UNTERNEHMEN SCHAFFEN SICHERE ARBEITSPLÄTZE

Die DP sieht im Energie- und Umweltbereich großes Potential für **Forschung und Innovation**. Vor dem Hintergrund der Diskussion um einen Umbau der nationalen Wirtschaft bzw. einer Erweiterung der wirtschaftlichen Standbeine spielt dieser Bereich eine wichtige Rolle. Der Aufbau einer Energie- und Umweltforschung bzw. die Schaffung eines

¹⁷ vgl. zum Beispiel Karlsruher Mobilitätszentrale: <http://www.ka-mobil.de>

Umwelttechnologiestandorts Luxemburg könnten die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Luxemburg sichern.

Eine Studie von Roland Berger hat beispielsweise ermittelt, dass allein in Deutschland 4% des industriellen Gesamtumsatzes auf den Bereich Umwelttechnologie entfallen, Tendenz steigend. So wird für das Jahr 2030 ein Anteil am Gesamtumsatz von 16% vorhergesagt. Des Weiteren sehen Experten voraus, dass sich der Anteil der Umweltindustrien am Weltmarktvolumen bis 2020 im Vergleich zu 2005 verdoppeln wird.¹⁸

Die DP ist überzeugt davon, dass eine konsequent auf die Zukunft ausgerichtete Mittelstands- und Industriepolitik die sich im Bereich Umwelttechnologien bietenden Chancen nutzen muss. Hochwertige und sichere Arbeitsplätze neben hervorragenden Wachstumsmöglichkeiten sind zu erwarten. Die Anstrengungen des Wirtschaftsministeriums müssen einen neuen Elan erhalten¹⁹ und in ein Gesamtkonzept zusammen mit den Ministerien zuständig für den Mittelstand, die Landwirtschaft, die Hochschulpolitik und die Umwelt eingebettet werden.

Die DP fordert deshalb die Regierung dazu auf, eine diesbezügliche Strategie auszuarbeiten und schnellstmöglich in Angriff zu nehmen, die sich an folgenden Leitlinien orientiert:

- Netzwerke bilden zwischen Universität, Unternehmen, Gemeinden mit klar erkennbarer Struktur und einem offensiven Vermarktungskonzept,
- Forschung und Lehre an der Universität auf verschiedene, gemeinsam zu bestimmende Umweltbereiche ausrichten,
- Kooperation mit ausländischen Umwelttechnologie- und Forschungsstandorten suchen,
- Mittelständische Unternehmen sowie Landwirte sensibilisieren und einbinden in die Forschungs- und Vermarktungskonzepte,
- Eine gezielte wirtschaftliche Prospektionsarbeit,
- Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen wie etwa Siedlungsflächen, Gebäude usw. für umwelttechnologische Unternehmen,
- Einen vernünftigen Innovationsdruck auf Bürger und Unternehmen ausüben, mit klaren, marktwirtschaftlich und sozial ausgewogenen staatlich festzulegenden Zielvorgaben.

E) KONSUM UND LEBENSSTIL: NACHHALTIG, GESUND UND SICHER

Die DP stellt fest, dass viele Bürger und Familien neue Werte und Stile leben. Ein geschärftes Bewusstsein für den eigenen Körper und Geist, gesundes und nachhaltiges Leben und das Bewusstsein für nachhaltige Produkte sind größer denn je. Viele Menschen haben bereits umgedacht und sind sehr bewusst auf der Suche nach alternativen Produkten und Lebensweisen: Im Supermarkt befinden sich die Bioprodukte längst nicht mehr in der hintersten dunkelsten Ecke. Wellness, Fitness und gesunde Ernährung sind den Menschen wichtig. Und nachhaltige Produkte haben längst Eingang in die Konsumkette vieler Menschen gefunden: chemisch unbelastete Kleidung oder Kosmetika, pestizidfreie und nachhaltig bewirtschaftete landwirtschaftliche Produkte, artgerechte Tierhaltung, gentechnikfreie Produkte oder etwa ethisch und sozial faire gehandelte Produkte nehmen von Tag zu Tag an Bedeutung zu.

¹⁸ vgl.: http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/umwelttechnikatlas_zsf.pdf

¹⁹ vgl. bisherige Anstrengungen z.B. auf <http://www.bed.public.lu> oder http://www.eco.public.lu/documentation/rapports/rapport_ministere/index.html

Eine im Oktober 2007 in Deutschland von Ernst & Young veröffentlichte Studie zeigt: „Die Mehrzahl der Deutschen bevorzugt nach eigener Aussage Bio-Produkte: Rund 75 Prozent der Befragten würden grundsätzlich lieber zur Bio-Alternative greifen – auch wenn es sich um eine andere Marke als die bisher bevorzugte handelt. 78 Prozent der Verbraucher sind grundsätzlich bereit, für ein Bio-Produkt mehr zu bezahlen als für ein herkömmliches Konkurrenzprodukt. 38 Prozent sind sogar bereit, für ein Bio-Produkt einen Aufschlag von mehr als zehn Prozent zu zahlen.“²⁰

Für den Verbraucher stellen sich jedoch jeden Tag immer wieder neue Fragen: Begriffe wie „Bio“, „Öko“, „fairer Handel“ bzw. generell die Vielzahl der bestehenden Bio- und Ökosiegel sind für den Verbraucher kaum überschaubar bzw. verunsichern die Verbraucher zunehmend.

Die Menschen treffen ihre Kaufentscheidung nicht mehr nur nach Preis und Qualität sondern zunehmend auch nach Design, Stil und Nachhaltigkeit. Besonders der letzte Aspekt erfordert allerdings eine umfangreiche Aufklärungsarbeit, da die Käufer nicht auf den ersten Blick sehen können, ob ein Produkt den Nachhaltigkeitsaspekten gerecht wird.

Die DP fordert vor diesem Hintergrund folgendes:

- Der **Handel muss nach und nach europaweit umfassende Informations-, Kontroll- und Sanktionssysteme zusammen mit den Produzenten aufbauen**, um den Nachhaltigkeitskriterien besser gerecht zu werden.
- Die europäische EG-Öko-Verordnung (Nr. 2092/91) vom 24. Juni 1991 wird derzeit überarbeitet. Die DP fordert die Regierung dazu auf, eine für die Konsumenten, Produzenten und den Handel klare, verständliche und überprüfbare Regelung auszuarbeiten.
- Zusammen mit dem Handel soll ein **Nachhaltigkeitsverhaltenskodex** aufgestellt werden, der klare Regeln und Voraussetzungen festhält, die etwa bei Verträgen mit Lieferanten und Produzenten eingehalten werden müssen.
- Die DP verlangt, dass die Regierung sich in der EU für die deutliche **Kennzeichnung energieeffizienter Produkte** einsetzt. Es geht darum, die Verbraucher umfassend, einfach und verständlich über den Energieverbrauch eines Geräts zu informieren. Vor allem geht es aber darum, auch das Energieeffizienzziel der EU (+20%) zu erreichen.
- Die **DP steht der grünen Gentechnik sehr kritisch gegenüber** und plädiert dafür, dass in Luxemburg nach Möglichkeit kein gentechnisch verändertes Saatgut in der landwirtschaftlichen Produktion benutzt wird.
- Was den Handel anbelangt, verlangt die DP eine sehr **strenge Etikettierung Bioprodukten sowie von Produkten die gentechnisch verändertes Material** enthalten. Für letztere muss dies auch für Zutaten und Zusatzstoffe gelten. Gerade hier muss festgestellt werden, dass die so genannte Kennzeichnungsschwelle so niedrig ist²¹, dass

²⁰ vgl. www.ey.com

²¹ GVO-Beimischungen in einem Lebens- und Futtermittel sind dann von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen: wenn sie nicht mehr als 0,9 Prozent betragen (bezogen auf die jeweilige Zutat); wenn der jeweilige Hersteller nachweisen kann, dass er sich aktiv um eine Vermeidung bemüht hat und es sich tatsächlich um zufällige, technisch unvermeidbare GVO-Anteile handelt; wenn die jeweiligen, in Spuren vorhandenen gv-Pflanzen in der EU zugelassen sind und damit nachweislich als sicher eingestuft wurden. Der Schwellenwert von 0,9 Prozent gilt sowohl für konventionelle wie ökologisch erzeugte Produkte. Bei GVOs, deren Sicherheitsbewertung noch nicht abgeschlossen ist, werden keine Beimischungen toleriert. (www.transgen.de/recht/kennzeichnung)

viele gentechnisch veränderte Produkte nicht mehr als solche gekennzeichnet werden müssen. Daneben sind Produkte bei denen die Anwendung der Gentechnik weit verbreitet ist (wie etwa Fleisch, Milch, Eier und andere tierischen Lebensmittel, wenn GV-Pflanzen bei der Fütterung verwendet werden) nicht von der Kennzeichnungspflicht erfasst. Die bestehende diesbezügliche EU-Richtlinie ist in den Augen der DP deshalb vor allem im Bereich der Informationspflicht des Konsumenten streng umzusetzen. **Die DP verlangt deshalb eine tief greifende Studie über die wirkliche Information der Konsumenten, die Etikettierung und die Anwendung von Kontroll- und Sanktionsmechanismen in Luxemburg.**

- Die DP möchte zusammen mit den **mittelständischen Unternehmen**, die von einer strengeren und dadurch **kostenintensiveren Etikettierung** ihrer Produkte betroffen sind, eine Analyse der entstehenden zusätzlichen Kosten machen und nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (eventuell steuerliche Abschreibungen,...) suchen.
- Im Bereich der **Landwirtschaft** will die DP die **Biolandwirtschaft** weiter unterstützen und die Produktionsmethoden der so genannten **konventionellen Landwirtschaft** weiter verbessern und modernisieren helfen.
- Die DP tritt schließlich für ein **Verbraucherschutzministerium** ein, in dem Unternehmen und Bürger einen gleichwertigen Ansprechpartner haben.

F) NACHHALTIGE ENTWICKLUNG : DIE ROLLE VON REGIERUNG UND PARLAMENT ÜBERDENKEN

Charakteristisch für die Frage der nachhaltigen Entwicklung ist, dass sie viele Politik-Bereiche betrifft und somit ebenfalls in viele unterschiedliche Kompetenzbereiche fällt. Nachhaltigkeit ist weniger ein politisches Dossier, als vielmehr eine Art und Weise an viele politische Dossiers heranzugehen. Dies war in der Vergangenheit oftmals eine Schwäche, bei der Umsetzung einer kohärenten Politik der nachhaltigen Entwicklung. Neben dem Umweltministerium waren noch unzählige andere Ministerien von der Thematik betroffen, so etwa die Ressorts Transport, Landwirtschaft, Territoriale Entwicklung, Wohnen und Energie. In den jeweiligen Ministerien stellte der Aspekt der Nachhaltigkeit in der Vergangenheit jedoch keine Priorität dar.

Superministerium ?

Die französische Regierung reagierte auf diese Herausforderung mit der Schaffung eines „Superministeriums“ das den Anwendungsbereich der nachhaltigen Entwicklung weitestgehend abdecken soll. Jean-Louis Borloo wurde zum « Ministre d’Etat, Ministre de l’Ecologie, du Développement et de l’Aménagement durables » ernannt. Die Kohärenz der Politiken in Sachen Nachhaltigkeit soll dadurch garantiert werden, dass alle betroffenen Zuständigkeitsbereiche in der Person des Ministers und seiner Staatssekretäre zusammenlaufen. Dieser „Flaschenhals“ in den Entscheidungsprozeduren ist jedoch deshalb problematisch, weil der Minister und sein Kabinett nicht nur für eine Politik der Nachhaltigkeit verantwortlich sind sondern für *alle* Facetten der jeweiligen politischen Dossiers. Die entsprechenden Instanzen erhalten somit also mehr Kompetenzen aber auch dementsprechend mehr Arbeit. Bei dem Versuch der Nachhaltigkeitspolitik zum Durchbruch zu verhelfen könnten dabei andere Zuständigkeitsbereiche vernachlässigt werden.

Eine Konsequenz, die man daraus ziehen kann ist, dass eine zentrale Institution zur Überwachung einer nachhaltigen Politik wünschenswert ist, dass ihre Arbeit sich aber ausschließlich auf diesen Aufgabenbereich beschränken sollte. Nur so kann eine effiziente und kohärente Politik der nachhaltigen Entwicklung garantiert werden

Függungsgewalt ?

In der Vergangenheit war häufig die Rede davon, dem Umweltminister oder einem eigenen Minister für nachhaltige Entwicklung „horizontale Kompetenzen“ einzuräumen, die in die Ressorts anderer Minister hineinreichen würden. Diese Anfangsidee kann man dahingehend weiterdenken, dass der Minister für nachhaltige Entwicklung eine Függungsgewalt gegenüber seinen Ministerkollegen erhält. Der Minister würde dadurch die Funktion eines „Wachhundes“ übernehmen, der die Einhaltung einer nationalen Politik der Nachhaltigkeit in allen Ressorts garantiert.

Solch eine Függungsgewalt existiert mehr oder weniger klar geregelt in verschiedenen politischen Systemen im Ausland. So hat der deutsche Bundeskanzler laut Art. 65,1 (GG) eine „Richtlinienkompetenz“ gegenüber den Mitgliedern seines Kabinetts. Der Bundeskanzler kann die Richtlinien der Politik in allen Bereichen festlegen, wenn nötig auch gegen den Willen seiner Minister.

So sieht es zumindest in der Theorie aus. In der Praxis ist es jedoch so, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher noch keinen einzigen Fall gibt, in dem die Richtlinienkompetenz offiziell angewandt worden wäre.

Dies zeigt wie schwierig die Anwendung einer Függungsgewalt ist. Ungeschriebenes Gesetz ist, dass der Minister vollständige Autonomie über sein Ressort besitzt. Die Ausrichtung der Politik wird unter den Mitgliedern der Regierung abgestimmt, eine direkte Einmischung in die Arbeit eines Ministeriums ist jedoch kaum vorstellbar.

Aus den angeführten Gründen erweist sich die „Függungsgewalt“ als Instrument zur Durchsetzung einer Politik der Nachhaltigen Entwicklung als ungeeignet.

Vorschläge der DP:

- die betroffenen Ministerien müssen, ob der technischen Komplexität der verschiedenen Umweltbereiche, regelmäßigen und unabhängigen **wissenschaftlichen Beistand** von außen (Kooperation mit Universitäten, Instituten usw.) gewährleisten. Wir können uns keinen umweltpolitischen Blindflug leisten.
- der Blick von außen auf die umweltpolitischen Maßnahmen ist äußerst wichtig. Die DP fordert nicht nur einen regelmäßigen wissenschaftlichen Beistand um Monitoring-, Evaluierungs- und Beratungsaufgaben zu leisten, sondern auch eine „**peer review**“ der Nachhaltigkeits- bzw. der Umweltpolitik (z.B. hat im Jahr 2006 das norwegische Finanzministerium, das für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlich zeichnet, das schwedische Nachhaltigkeitsministerium gebeten, die norwegische Nachhaltigkeitsstrategie von außen zu evaluieren).
- Jede Gesetzesnovelle sollte in Zukunft von einer „**fiche d’impact relative au développement durable**“ begleitet sein, um Aufschluss über die Nachhaltigkeitsaspekte der Novelle zu geben.

- Die DP will den „**Conseil national pour le développement durable**“ **personell und finanziell stärken** und ihm zusätzlich die Möglichkeit geben, sich automatisch zu allen die Nachhaltigkeit betreffenden gesetzlichen Vorhaben zu äußern.
- Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d’impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde.
- Die DP stellt fest, dass Umwelt- und EE-Politik sehr unterschiedlich in den Gemeinden betrieben wird. Vieles hängt vom Willen der Gemeindeführung ab, wobei Klimaschutzpolitik von nationaler Bedeutung ist. Die DP plädiert deshalb für eine gleichmäßig aktive Klimaschutzpolitik in allen Gemeinden, die den nationalen Zielsetzungen entspricht. Vor diesem Hintergrund möchte die DP die Gemeindeaufgaben und –zielsetzungen zusammen mit den Gemeinden neu definieren bzw. das Gemeindefinanzierungssystem und die Verteilungsschlüssel neu definieren, so dass die Gemeinden ihren umweltpolitischen Aufgaben besser gerecht werden können.

AUF EINEN BLICK

Ziel	Vorschlag	Auswirkung auf die Bürger
<p>Energiewende</p> <p>Handlungsalternativen bieten.</p>	<p>Gezielt fördern, gerecht fordern</p> <p>Klare Zielsetzungen mit klaren Regeln und Zeiträumen festsetzen</p>	<p>Jeder Bürger hat eine faire Chance, sein Verhalten den gemeinsamen umweltpolitischen Zielsetzungen anzupassen.</p> <p>Dabei wird er öffentlich unterstützt. Erst in einer zweiten Phase, wird nach dem Verursacherprinzip umweltschädliches Verhalten bestraft</p> <p>Heute: Keine Energiesteuern/taxen Morgen: Energiesteuern/taxen (Tarife werden heute bekannt gegeben)</p>
<p>Gebäudesanierungsprogramm bietet Handlungsalternativen</p>	<p>Zusammen mit den Vertretern des Baugewerbes wird ein öffentliches Investitionsprogramm aufgelegt, das allen Haushalten ohne Ausnahme zugute kommen kann und das sozial gerechte Förderinstrumente beinhaltet</p>	<p>Alle Menschen (besonders mit niedrigem und mittlerem Einkommen) können aktiv von diesem Investitionsprogramm profitieren.</p> <p>Der Mittelstand (d.h. kleine und mittlere Unternehmen) wird gefördert.</p> <p>Bestehende Arbeitsplätze werden gesichert bzw. neue geschaffen.</p>
<p>Umweltpolitik darf keine elitäre Politik für Besserverdienende sein</p>	<p>Fördergelder an soziale Kriterien koppeln.</p>	<p>Die Menschen finden einen Ausweg aus der „Ölpreisfalle“</p>

<p>Energiewende</p>	<p>Kreditvergabe mit sozial gestaffelten Zinssätzen</p> <p>Neue Instrumente wie etwa Energie-Contracting einsetzen</p> <p>Klimabank</p>	<p>Mehr Menschen können in den Genuss von Fördergeldern kommen. Bis heute können sich trotz hoher Fördergelder nur Besserverdienende teure Anlagen oder Umbauten leisten.</p> <p>Umweltpolitik setzt bei den Menschen an, wo die größten Energieeffizienzgewinne zu erwarten sind.</p>
<p>Information und Beratung verbessern</p>	<p>Bündelung und Vereinfachung von bestehenden Informations- und Beratungsstrukturen</p>	<p>Die Informations- und Beratungswege werden kürzer, übersichtlicher und einfacher für die interessierten Bürger und Unternehmen</p>
<p>Öffentliche Hand soll mit dem guten Beispiel vorangehen</p>	<p>Staat und Gemeinden werden verpflichtet ihren Energieverbrauch zu senken, durch mehr Energieeffizienz und energiebewusste Sanierung von öffentlichen Gebäuden</p> <p>Staat und Gemeinden werden bei der Erschließung von neuen Siedlungsgebieten dazu verpflichtet, moderne Energiekonzepte auszuarbeiten</p> <p>Neubauten nur noch nach modernsten ökologischen und energetischen Standards</p>	<p>Die Glaubwürdigkeit einer umweltpolitischen Trendwende wird verbessert</p> <p>Die Energiekosten der öffentlichen Hand und somit der Steuerzahler werden auf Dauer sinken</p> <p>Junge Familien können in Neubausiedlungen sofort von den modernsten und ökologischsten Energieanlagen profitieren</p> <p>Junge Familien investieren bei Neubauten gezielt in ihre eigene Zukunft, indem sie ihre Energiekosten auf Dauer senken</p>

		können und die Umwelt schonen
Unternehmen zu mehr Energieeffizienz anregen	<p>Energiespar- und Rentabilitätspotenziale sollen mit Hilfe von Energiemanagern und -beratern ermittelt werden</p> <p>Bestehende steuerpolitische Instrumente bzw. Förderinstrumente sollen überprüft und ggf. angepasst werden</p>	<p>Weniger Energieverbrauch bedeutet weniger Kosten, bedeutet weniger Abhängigkeit von international gehandelten Rohstoffen, bedeutet mehr Wettbewerbsfähigkeit,...</p> <p>Luxemburg kann auf Dauer seine europäischen Reduktionsziele einhalten</p>
Handlungsalternativen im Bereich Mobilität schaffen	<p>Das Konzept „Mobilitéit.lu“ bzw. „mobil 2020“ schnell und überzeugend umsetzen</p> <p>„Mobilité douce“ besonders im innerstädtischen Bereich fördern und z.T. Vorfahrt geben</p>	<p>Die Bürger erhalten die Möglichkeit bequem auf den ÖPNV umzusteigen bzw. der ÖPNV wird zu einer wirklichen Alternative zum PKW.</p> <p>Im innerstädtischen Bereich können die Bürger in Zukunft kurze Distanzen bequem, sicher und billig ohne PKW zurücklegen</p>
Ausstieg aus dem Tanktourismus	<p>Der Ausstieg aus dem Tanktourismus erfolgt virtuell, d.h. es werden kurzfristig keine neuen öffentlichen Ausgaben mittels Einnahmen aus dem Tanktourismus finanziert. Mittel- und langfristig werden die Ausgaben, die heute bereits über diese Einnahme finanziert werden, mit anderen Haushaltsmitteln bzw. durch eine effizientere Haushaltspolitik gegenfinanziert</p>	<p>Keine direkten Mehrbelastungen für die Bürger</p> <p>Die zukünftige Haushaltspolitik wird auf sichereren Einnahmen beruhen.</p> <p>Die kurzfristigen Mehreinnahmen aus dem Tanktourismus können in umweltpolitische Maßnahmen zugunsten</p>

		<p>der Bürger und Unternehmen investiert werden und somit den umwelt- und finanzpolitischen Strukturwandel begünstigen</p> <p>Luxemburg wird auf Dauer seine CO2 Verpflichtungen besser nachkommen können</p>
Green Country	<p>Neue Standortpolitik indem Forschungsziele und Wirtschaftsförderung bzw. Wirtschaftspromotion neu ausgerichtet werden</p>	<p>Umweltechnologischer Unternehmen finden in Luxemburg einen geeigneten Standort, um sich auf dem Technologiemarkt behaupten zu können (Forschung, Arbeitskräfte, Finanzplatz...)</p> <p>Sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze</p>
Europäische Ziele im Bereich erneuerbare Energien erreichen	<p>Die Schlussfolgerungen aus der LUXRES-Studie werden zu einem Konzept entwickelt, das sich marktwirtschaftlich trägt</p> <p>Die europäische Energieeffizienzverordnung wird zügig umgesetzt</p> <p>Atomstrom keine Alternative für die Zukunft</p> <p>Langfristig bei Wohn- und Büroräumen Ausstieg aus fossilen Energien vorbereiten</p> <p>Falls notwendig Investitionen im Ausland mittels CDM und JI tätigen, wenn nationale</p>	<p>Weniger Energieimport bedeutet mehr Kontrolle über die Energiepreise, was den Konsumenten zugute kommt</p> <p>Einheimische Produkte können valorisiert werden (Biomasse, ...) und neue Arbeitsplätze können entstehen</p> <p>Luxemburg kann die europäischen EE-Ziele einhalten</p>

	Bemühungen alleine nicht ausreichen	
Verbraucherschutz zu einer Priorität machen	<p>Informations-, Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten überprüfen und anpassen</p> <p>Zusammen mit dem Handel ein Nachhaltigkeitsverhaltenskodex aufstellen</p> <p>Kennzeichnungspflicht bei GVO besser prüfen</p> <p>Grüne Gentechnik nach Möglichkeit verhindern</p> <p>Studie über den wahren Informationsgehalt der im Handel vertriebenen Bioprodukte und gentechnisch veränderten Produkte</p> <p>Verbraucherschutzministerium</p>	Mehr Sicherheit für die Konsumenten
Eine von der ganzen Regierung und vom Parlament betriebene Nachhaltigkeitspolitik	<p>Systematischer und unabhängiger wissenschaftlicher Beistand der Regierung/Ministerien</p> <p>Regelmäßige „Peer reviews“ erstellen, um durch „den Blick von außen“ Verbesserungen im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik zu ermöglichen</p> <p>„Fiches d’impact relative au développement durable“ bei allen Gesetzesnovellen</p> <p>Gemeindeaufgaben und Gemeindefinanzausgleichspolitik neu definieren bzw. EE- und Umweltpolitik zu einer Pflichtaufgabe von Gemeinden machen</p>	<p>Eine besser koordinierte, zielgenauere und somit kostengünstigere Nachhaltigkeitspolitik</p> <p>Bürger erkennen ein klares Konzept und einen klaren Willen der Regierung für eine durchdachte Nachhaltigkeitspolitik, was auf Dauer ein ökologisches Umdenken fördert</p>

